

POSITION

: Politische Bildung politischer machen!

Wir befinden uns in einer gesellschaftlichen Situation, die besondere Herausforderungen für politische Bildung aufwirft. Dazu gehören u. a. der Aufstieg rechter Parteien, die Verschiebung des öffentlichen Diskurses nach rechts, der Anstieg rassistischer Gewalt und der verstärkte Rückgriff auf sicherheitspolitische Logiken in zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen. Rechte Ideologien, die bereits zuvor in der sogenannten „Mitte“ der Gesellschaft existierten, sind präsenter, werden zunehmend normalisiert und nehmen mehr und mehr öffentlichen Raum ein. Nationalistische und rassistische Kräfte wollen eine Abschottung Europas; Ministerien setzen eher auf Sicherheit durch „Prävention vor Extremismus“ als auf die Stärkung von Demokratie und einen ressourcenorientierten Blick auf Jugend und Zivilgesellschaft. Grundlage ist u. a. die Extremismustheorie, die ein vereinfachtes Bild komplexer Gesellschaft proklamiert, eine falsche Gleichsetzung verschiedener politischer Praxen und Zielsetzungen vornimmt und damit eine kritische Zivilgesellschaft gefährdet. Der Faktengehalt des öffentlichen Diskurses wird angegriffen: Verschwörungstheorien, „Fake News“ und die Infragestellung wissenschaftlicher Erkenntnisse nehmen mehr Raum ein.

In dieser gesellschaftlichen Situation sollten die Akteur_innen eine Schärfung der Begriffe der politischen Bildung und eine Formulierung der Ansprüche an sie vornehmen.

Politische Bildung muss auf Analyse von Gesellschaft basieren und steht damit in einem kritischen Verhältnis zu ihr

Politische Bildung muss immer auch kritische politische Bildung sein: Sie analysiert und kritisiert Gesellschaft sowie ihre Macht- und Herrschaftsverhältnisse – wenn sie das nicht tut, informiert sie lediglich über den Status quo und wird damit ihrer Funktion als Fundament demokratischer Gesellschaft nicht gerecht. Vielmehr muss sie stetig darauf hinwirken, Menschen dazu zu ermächtigen, an der Gesellschaft teilzuhaben und gleichzeitig Hürden der Beteiligung abzubauen.

Sie muss aufzeigen, wer aufgrund welcher Vorstellungen oder materieller Ungleichheit ausgeschlossen wird. Politische Bildung muss sich kritisch mit jeglichen Diskriminierungsformen wie Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, heteronormativem Sexismus, Sozialchauvinismus sowie mit Kapitalismus und Globalisierung auseinandersetzen. Dabei muss sie ihre eigenen Verstrickungen in diese Verhältnisse reflektieren und Entdemokratisierung sowie Wege der demokratischen Mitbestimmung thematisieren. Sie muss sichtbar machen, welche Perspektiven unterrepräsentiert sind. Indem sie Individuen in ihrer Urteilsbildung und ihrer Handlungsfähigkeit unterstützt und Gesellschaft als gemacht und veränderbar versteht, kann sie ihre grundlegende Funktion erfüllen und die demokratischen Prozesse innerhalb der Gesellschaft festigen.

Politische Bildung muss von einer unabhängigen Zivilgesellschaft getragen werden

Der Staat und die Zivilgesellschaft sind zwei wesentliche Elemente des demokratischen Systems. Die Zivilgesellschaft steht als Raum, in dem der Prozess der Willensbildung erlernt und inhaltlich gefüllt wird, in einem doppelten Verhältnis zum Staat. Sie kontrolliert, reglementiert und entwickelt den

Staat und bedarf gleichzeitig einer Unterstützung des Staates beispielsweise durch die Bereitstellung von Ressourcen. Die politische Bildung kann innerhalb dieses Spannungsverhältnisses verortet werden. Zivilgesellschaftliche politische Bildung wird häufig durch Ministerien, Landes- oder Bundesprogramme finanziert. Zivilgesellschaftliche Organisationen verstehen sich deshalb aber nicht als Dienstleister für den Staat, sondern handeln eigenständig auf Basis ihrer Überzeugungen und Konzepte. Der Staat hat die Aufgabe, Zivilgesellschaft zu stärken, während letztere in demokratisch verfassten Gesellschaften die Aufgabe hat, in einem kritischen Verhältnis zum Staat zu stehen.

Es gibt bei staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen unterschiedliche Vorstellungen davon, welche Rolle politische Bildung in demokratischen Gesellschaften hat. Während ein Ansatz der Extremismusprävention davon ausgeht, dass die bestehende Demokratie in ihrer Form ideal und daher schützenswert ist, sehen kritische Ansätze in der politischen Bildung Demokratie nicht als statischen Zustand, sondern als Motor für gesellschaftliche Veränderungen und Entwicklungsprozesse. Die Akteur_innen in der politischen Bildung müssen sich der Spannungsverhältnisse der verschiedenen Ansätze bewusst sein, in diesem Sinne ihre Rolle immer wieder neu finden und die politische Bildung in diesem Sinne weiterentwickeln und stärken.

Politische Bildung muss gesellschaftliche Realität zum Thema machen

Dabei umfasst „das Politische“ in der politischen Bildung deutlich mehr als parlamentarische Politik. Zwar sind nicht jedes Thema und jede Praxis per se politisch, sie können jedoch in politischen Zusammenhängen verortet werden und damit Thema politischer Bildung sein. Hier gilt es, den „Lebensweltbezug“ in der politischen Bildung weit zu fassen. Denn eine Auseinandersetzung mit politischen Themen erscheint besonders dort angebracht, wo aufgezeigt wird, wie unser eigenes Leben mit der Gesellschaft und wie die Lebensbedingungen innerhalb unserer Gesellschaft mit denen andernorts zusammenhängen. Dabei muss die Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen altersgerecht gestaltet werden, an ihrer Lebensrealität ansetzen und ihre Interessen innerhalb bestehender gesellschaftlicher Realität verorten.

Jugendverbände sind prädestinierte Akteure der politischen Bildung

Politische Bildung ist eine konstituierende Kernaufgabe in der Jugendverbandsarbeit. Jugendverbände tragen durch ihre Prinzipien und ihr spezifisches Format zu den Zielen politischer Bildung bei: Selbstorganisation, Selbstbestimmung und Partizipation. Diese umfassen Lernprozesse, um gemeinsame Interessen zu formulieren und durchzusetzen. Jugendverbände ermöglichen Räume für junge Menschen, die sich dort über ihre Freizeitgestaltung, über Bildung und Gesellschaft austauschen können. Jugendliche und junge Erwachsene wählen die Themen und die Methoden ihrer Bildungsarbeit selbst. Dabei greifen Jugendverbände politische und gesellschaftliche Fragen auf und stärken Themen, die noch nicht im gesellschaftlichen Diskurs etabliert sind.

Dabei haben sie besondere Möglichkeiten, nachhaltig zu arbeiten und langfristig politische Bildungsarbeit zu machen, weil sie auf Dauer angelegt sind. Jugendverbandsarbeit ist dabei nicht per se gleichzusetzen mit politischer Bildung, aber ein Ort mit sehr guten Voraussetzungen dafür. Außerdem machen erfahrungs- und wissensorientierte Ansätze Jugendverbandsarbeit zu etwas Besonderem. Diese ermöglichen es den Kindern und Jugendlichen ihre Selbstwirksamkeit zu entwickeln und zu erleben, um gemeinsam Demokratie zu (er-)leben.

Politische Bildung profitiert vom Ehrenamt

In Jugendverbänden organisieren Ehrenamtliche und Hauptamtliche gemeinsam politische Bildungsangebote für Jugendliche und junge Erwachsene. Die starke Mitarbeit von Ehrenamtlichen in der politischen Bildung ist in dieser Form etwas Besonderes. Ehrenamtliche sind dabei gleichermaßen Produzent_innen und Nutzer_innen politischer Bildungsangebote. Dadurch fließen die Themen der Zielgruppe und der Organisationen gleichermaßen in die Entwicklung von Bildungsangeboten ein. Ehrenamtliche in der politischen Bildung fördern die Wahrnehmung jugendlicher Perspektiven in den Bildungsangeboten der Jugendverbände. Sie bringen ihre Themen in die Bildungsprogramme ein und machen sie zu Themen der Jugendverbände.

Die Form, in der Jugendverbände Bildungsprozesse organisieren, fördert dabei ganz zentral auch die persönliche Entwicklung der Ehrenamtlichen. Diese setzen sich dadurch intensiv mit den Themen und den Methoden der politischen Bildung auseinander und profitieren von informellen und nonformalen Bildungsprozessen. Die Auseinandersetzung von ehrenamtlich Engagierten in der Jugendverbandsarbeit mit Themen der politischen Bildung stärkt deren Kompetenz und Sensibilität für demokratische Fragen.

Jugendverbände sollten ihre Arbeit über ihre Räume hinaus verstärken

Das, was Jugendverbände schon leisten, sollten sie noch verstärken und den Anspruch, Gesellschaft zu verändern, auch über den Gruppenraum, das Zeltlager, das Seminarhaus und die Ferienfreizeit hinaus in die Gesellschaft tragen. Das gesellschaftspolitische Engagement der Jugendverbände, das zur Demokratisierung der Gesellschaft beitragen kann, profitiert von der innerverbandlichen Auseinandersetzung mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen, Minderheitenschutz, Diskriminierung und gesellschaftlichen Ausschlüssen. So sollte die politische Bildung in Jugendverbänden dazu beitragen, gesellschaftliche Realität über kollektives Handeln mitzugestalten und auch zu verändern.

Beschlossen am 17.11.2018 auf der außerordentlichen Vollversammlung des Hessischen Jugendrings in Frankfurt.